

Inhaltsübersicht

Vowort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Literaturverzeichnis	XXVIII

1. Teil

§ 1 Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
---	---

2. Teil

§ 2 Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	7
§ 3 Differenzierte insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentumsvorbehalts und seine Ausgestaltungen	38
§ 4 Treugut in der Insolvenz des Trenehmers	67
§ 5 Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen	75
§ 6 Absonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicherheiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	86
§ 7 Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners	92
§ 8 Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	103
§ 9 Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	107
§ 10 Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter	117
§ 11 Konkurrierende Sicherheiten	151

3. Teil

§ 12 Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzverfahren vor dem Beschluss der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	163
§ 13 Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	167
§ 14 Vorrechte und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	181
§ 15 Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	195
§ 16 Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	200
§ 17 Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubigerselbstverwaltung	208
§ 18 Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	210
§ 19 Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläubiger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat	230
§ 20 Duldungsklagen	237
§ 21 Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlöstanteils	238
§ 22 Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	256

Inhaltsübersicht

§ 23 Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	281
§ 24 Besitz und Besitzschutz.	288
§ 25 Rechtsstellung, besonders Klagen und Rechtsbehelfe des Im- mobiliarpfandgläubigers.	294
§ 26 „Pools“	323
§ 27 Finanzierungszwangsbeiträge für Betriebsfortführung und Sa- nierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte.	338
§ 28 Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	361
4. Teil	
§ 29 Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung.	365
5. Teil	
§ 30 Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfah- ren	369

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

§ 1	Einleitung: Bedeutung der Sicherheiten-Gläubiger für das Insolvenzverfahren	1
I.	Faktischer Einfluss der gesicherten Gläubiger auf das über das Vermögen des Sicherungsgebers eröffnete Insolvenzverfahren	1
II.	Insolvenz des Sicherungsgebers als Prüfstein der Sicherungsrechte	2
1.	Insolvenz als Sicherungsfall	2
2.	Veränderungen durch die Insolvenzordnung	2
3.	Gang der Darstellung	3

2. Teil

§ 2	Überblick über die Stellung der Inhaber Absonderungsrechte begründender dinglicher Sicherheiten nach der gesetzlichen Regelung	7
I.	Bruch mit § 127 Abs. 2 KO: Zwang zur differenzierenden Betrachtung der dinglich berechtigten Gläubiger	7
II.	Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Verfahren mit dem vollen Wert der gesicherten Forderung	7
III.	Grundpfandgläubiger	8
1.	§ 49 InsO	8
2.	Vorrecht der Wohnungseigentümergeinschaft in der Zwangsversteigerung des Wohnungseigentums eines Wohnungseigentümers nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG	9
IV.	Inhaber besitzloser Mobiliarsicherheiten	10
1.	Ausschließliches Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters	10
2.	Besitzlagen: unmittelbarer und mittelbarer Besitz	11
3.	Hinterlegungsfälle	12
4.	Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösausschüttung nach den §§ 170, 171 InsO	13
5.	Pflichten des Insolvenzverwalters	14
6.	Doppelumsatztheorie	15
7.	Vermieter- und Verpächterpfandrecht	16
8.	Pfändungspfandrecht	18
V.	Besitz des absonderungsberechtigten Gläubigers an der Sache	19
1.	Vertragspfandrecht	19
2.	Besitz des Sicherungseigentümers	20
VI.	Sicherungszessionen	20
1.	Einziehungs- und Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters in dem über das Vermögen des Zedenten eröffneten Insolvenzverfahren	20
2.	Adressat der Leistung des Drittschuldners	21
3.	Judikatur zur befreienden Wirkung der Leistung des Drittschuldners	24

4.	Beschränkte Rechtsübertragung oder beschränkte Rechtsausübung?	27
5.	Folgen für die Rechte von Zedent, vorläufigem Ver- walter, Insolvenzverwalter und Zessionar	30
6.	Risiken der Kreditierung der Betriebsfortführung . .	31
7.	Rechtslage bei Pfändung und Verpfändung der For- derung	32
8.	Behandlung bereicherungsrechtlicher Ansprüche des Sicherungszessionars wegen vorkonkurslicher Forderungseinziehung durch Dritte	33
VII.	Ersatzaus- und Ersatzabsonderung	33
VIII.	Eigenverwaltung des Schuldners	35
IX.	Verbraucher- bzw. Kleininsolvenzverfahren	35
X.	Besicherte Massekredite	36
XI.	Besicherte Gesellschafterdarlehen	36
1.	Rechtslage vor dem MoMiG	36
2.	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG	36
XII.	Besondere Absonderungsrechte	37
1.	Versicherungsrechtlicher Ersatzanspruch in der In- solvenz des Versicherten	37
2.	Verwendungen	37
3.	Frachtführerpfandrecht	37
§ 3	Differenzierte insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentums- vorbehalts und seine Ausgestaltungen	38
I.	Sonderfall des einfachen Eigentumsvorbehalts: Vorbe- haltsverkäufer im Falle einfachen Eigentumsvorbehalts. .	38
II.	Erwerb der Eigentümerstellung durch die den Eigentums- vorbehaltskauf finanzierende Bank oder Absonderungs- recht als Sicherungseigentümerin	39
1.	Rechtsprechung des BGH	39
2.	Haftungsrechtlicher Unterschied von Aus- und Ab- sonderungsrecht	42
3.	Verfassungsrechtliche Fragen der Gewährung von Aussonderungsrechten	42
4.	Insolvenzrechtliche Behandlung des Eigentumsvor- behalts als Kreditsicherungsmittel	45
III.	Vinkulierung des Eigentumsvorbehaltsgutes an die Masse in dem über das Vermögen des Käufers eröffne- ten Insolvenzverfahren	48
1.	Regelungsgehalt des § 107 Abs. 2 InsO	48
2.	Verfahrensrechtliche Stellung des Eigentumsvorbe- haltsverkäufers	50
3.	Erfüllungswahl und gesetzlich angeordneter Schwe- bezustand	50
IV.	Verwendungsersatzansprüche der Masse gegen den Aus- sonderungsberechtigten – Eigentümer-Besitzer-Verhältnis im Insolvenzverfahren	52
V.	Verlängerter und erweiterter Eigentumsvorbehalt als For- men des Sicherungseigentums iSv §§ 51 Nr. 1, 166 Abs. 1 InsO	64
VI.	Schematische Übersicht über Absonderungsrechte	66
§ 4	Treugut in der Insolvenz des Treunehmers	67
I.	Insolvenz des Sicherungsnehmers	67

1.	Aussonderungsrecht des Treugebers	67
2.	Aussonderungsrecht des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers (Sicherungseigentümers).	68
II.	Fallgruppen	68
1.	Schuldrechtliche Treuhandabreden ohne dingliche Befestigung	68
2.	Treuhandkonten	71
3.	Wohnungseigentumsgemeinschaften	72
4.	Aussonderungskraft des Anfechtungsanspruchs . . .	72
5.	Bürgschaften.	73
§ 5	Dogmatische Grundlegung: Sicherheitseigentum und Sicherungszession als besondere sachenrechtliche Typen.	75
I.	Greift die InsO in das Volleigentum des Sicherungseigentümers ein oder gestaltet sie ein besitzloses Mobiliarpfandrecht aus?	77
II.	Sicherungsabrede und Sicherheitseigentum	78
1.	Sicherheitseigentum als Volleigentum?	78
2.	Dingliche Reflexe der schuldrechtlichen Sicherungsabrede	80
3.	Sicherheitseigentum in der Zwangsvollstreckung . .	81
4.	Ungleichbehandlung von Zwangsvollstreckung und Insolvenzverfahren.	83
5.	Folgerungen	84
III.	Sicherungszession als Typus	84
§ 6	Absonderungsrecht an der eigenen Forderung: Kreditsicherheiten aufgrund vereinbarter Aufrechnungsbefugnis, § 94, 2. Var. InsO	86
I.	Problemstellung	86
II.	Konzernverrechnungsklauseln.	87
III.	Verrechnung im Kontokorrent	89
§ 7	Stellung von Sicherungsgeber und Sicherungsnehmer persönlicher Sicherheiten in der Insolvenz des Hauptschuldners.	92
I.	Arten persönlicher Sicherheiten.	92
II.	Stellung von Gesamtschuldner und Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners	92
1.	Doppelanmeldeungsverbot	92
2.	Rechtliches Gehör des Bürgen	93
3.	Insolvenz des Hauptschuldners als Grund der Eintrittspflicht des Bürgen	93
4.	Ausschluss der Einrede der Vorausklage des Bürgen in der Insolvenz des Hauptschuldners.	94
5.	Betreiben der Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner durch den Bürgschaftsnehmer/Grundpfandgläubiger	94
III.	Konkurrenz von Bürgschaft und dinglichen Sicherheiten in dem über das Vermögen des Hauptschuldners eröffneten Insolvenzverfahren	95
1.	Konkurrenz außerhalb des Insolvenzverfahrens . . .	95
2.	Einfluss des Insolvenzverfahrens auf das Verhältnis von Bürgen und dinglich gesicherten Gläubiger . . .	96
3.	Haftungsrisiken des Insolvenzverwalters	100

IV.	Exkurs: Wirksamkeit der vom Insolvenzschuldner einem Dritten bestellte Bürgschaft	101
1.	Form und Inhalt der Bürgschaft.	102
2.	Insolvenz der natürlichen Person als Bürge	103
§ 8	Rechtsstellung dinglich berechtigter Gläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren.	103
I.	Verfahrensrechtliche Wirkungen materiellrechtlicher Unterschiede der Rechtspositionen der Absonderungsberechtigten	103
II.	Beispiel	105
III.	Konsignationsverträge	106
§ 9	Legislatorische Zielvorgaben als Prüfstein	107
I.	Fragestellung	107
II.	Verteilungsgerechtigkeit und Gläubigergleichbehandlung	107
III.	Gläubigergleichbehandlung	109
IV.	Erhöhung der Quote eröffneter Verfahren	110
1.	Begrenzung der kostendeckenden Masse auf die Massekosten i. S. v. § 54 InsO	110
2.	Pflicht des Insolvenzverwalters zur Masseverwertung im masseunzulänglichen Verfahren	112
3.	Haftungsprobleme	113
§ 10	Prüfung der Wirksamkeit der absonderungsrechtsbegründenden Rechtslage durch den Insolvenzverwalter.	117
I.	Problemstellung	117
II.	Kreditsicherungsverträge	118
1.	Globalverträge	118
2.	Zessionsverbote.	124
3.	Einzelübertragungen	124
4.	Sachenrechtliche Bestimmtheit	125
5.	Allgemeine Einwendungen des Insolvenzverwalters	128
6.	Sicherungsübereignung von Sachgesamtheiten	129
III.	Pfandrechtserwerb vom Nichtberechtigten	130
IV.	Fehlerquellen beim einfachen Eigentumsvorbehalt	131
1.	Widersprechende Erklärungen von Verkäufer und Käufer (Insolvenzschuldner)	131
2.	Veräußerungsketten	132
3.	Konzernvorbehalt	132
4.	Verbindung, Vermischung, Verarbeitung	132
V.	Insolvenzanfechtung der Bestellung von Sicherheiten	133
1.	Gläubigerbenachteiligung durch Sicherheitenbestellung in der Krise	133
2.	Inkongruente Deckung	133
3.	Verrechnung von Zahlung auf sicherungszedierte Forderungen	137
4.	Erwerb von Sicherungseigentum an eingereichten Schecks nach Nr. 15 AGB-BK	137
5.	Anfechtbarkeit des Sicherungserwerbs von Forderungen wegen Unbestimmtheit der Globalzession?	138
6.	Keine Vorverlagerung der Eröffnungswirkungen: § 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten.	139

7.	Inkongruenz der Sicherung aus Vertragspfandrechten an künftig entstehenden Forderungen	143
8.	Austausch von Sicherheiten	144
9.	Verrechnung von Gutschriften mit dem Schuld-saldo des Kontokorrentkontos	144
VI.	Gesicherte Forderung	149
1.	Valutieren der gesicherten Forderung	149
2.	Reichweite der Sicherung der Forderung – Problem der Forderungszinsen	149
3.	Reichweite der Sicherung der Forderung – das Problem der Kosten	151
§ 11	Konkurrierende Sicherheiten	151
I.	Fragestellung: Geltendmachung konkurrierender Sicherheiten von finanzierender Bank und Lieferanten in der Insolvenz des Sicherungsgebers	152
II.	Konkurrenz von Sicherungsrechten aufgrund typischer Klauseln von Darlehensgebern und Lieferanten	152
1.	Eigentumsvorbehaltsklauseln	152
2.	Globalsicherungszession und globale antizipierte Sicherungsübereignung	153
III.	Normallfall	154
1.	Eigentum der Lieferanten	154
2.	Beweislast	155
3.	Beweislage des einzelnen Eigentumsvorbehaltslieferanten	155
4.	Aussonderung durch Miteigentumsgemeinschaft der Eigentumsvorbehaltslieferanten	156
5.	Rechtsfolgen des Miteigentums des Schuldners.	156
IV.	Zeitpunkt des Erwerbs von Sicherungseigentum im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsicherungsklauseln	157
1.	Abhängigkeit des Erwerbs des Sicherungseigentums vom Eigentumserwerb durch den Schuldner.	157
2.	Judikatur des früheren VIII. Zivilsenats des BGH zu den Vorgängen und zur Dogmatik des Erwerbs des Sicherungseigentums.	157
3.	Zeitpunkt des Erwerbs eines publizitätslosen Pfandrechts aufgrund antizipierter Globalzession im Falle konkurrierender Lieferanten- und Raumsicherungsklauseln	159
4.	Auswirkung der Eigentumsvermutung des § 1006 Abs. 1, Abs. 2 BGB auf die Beweislage der Bank	160
V.	Statt Bevorteilung einzelner Gläubiger entgegen der sachenrechtlichen Lage Befriedigung par condicio creditorum	162
1.	Einwände	162
2.	Verteilungsgerechtigkeit und Verfahrenseffizienz der Berücksichtigung der sachenrechtlichen Lage	162

3. Teil

§ 12	Verwertung von Absonderungsgut im eröffneten Insolvenzverfahren vor dem Beschluss der Gläubigerversammlung nach § 157 InsO	163
I.	Verwertungsbefugnisse im eröffneten Verfahren als Maßstab der Befugnisse im Eröffnungsverfahren	163

II.	Eröffnetes Insolvenzverfahren	163
1.	Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	163
2.	Veräußerung von Gegenständen des Umlaufvermögens	166
§ 13	Rechtsprobleme der Verwertung von Absonderungsgut im Eröffnungsverfahren	167
I.	Schutz der Vermögenslage des Schuldners durch vorläufige Anordnungen des Insolvenzgerichts gegen Rechtsausübung der Absonderungsberechtigten	167
1.	Einstweiliges Verbot der Verwertung des Sicherungsgegenstandes durch den gesicherten Gläubiger	167
2.	Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen insolvenzgerichtlicher vorläufiger Anordnungen vor Entmachtung des Schuldners durch Erlass eines Eröffnungsbeschlusses.	168
3.	Anordnungen nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 InsO.	169
II.	Behandlung von Absonderungsrechten im Eröffnungsverfahren ohne Anordnung nach § 21 Abs. 2 Nr. 5 InsO.	169
1.	Betriebsfortführung im Eröffnungsverfahren	169
2.	Differenzierung nach Art der vorläufigen Verwaltung und Verwertungsmaßnahme.	169
3.	Nutzung und Verbrauch von sicherungsübereigneten Sachen	170
4.	Befugnis zur Einziehung durch den Schuldner sicherungszedierter Forderungen.	171
III.	Liquidität bei der Betriebsfortführung aus der Vereinnahmung von Beträgen aus sicherungszedierten Forderung	173
1.	Keine Schaffung von Liquidität durch Forderungseinziehung aufgrund vorläufiger Anordnungen nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO	173
2.	Lage nach der Entscheidung des BGH im „Mutter-Kind-Kuren“-Fall	174
3.	Bedeutung des Widerrufs der dem Sicherungsgeber erteilten Einziehungsermächtigung durch den Sicherungsnehmer.	176
4.	Aufgaben des Insolvenzgerichts und Unternehmensliquidität	180
5.	Nichtigkeit von pauschalen Anordnungen nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO	180
§ 14	Vorrechte und Kompetenzen der Mobiliarpfandgläubiger im eröffneten Insolvenzverfahren	181
I.	„Einbindung“ der dinglich gesicherten Gläubiger in das Insolvenzverfahren und „Unterwerfung“ der Sicherungsgläubiger unter das „Konkursregime“	181
1.	Masse und Substanzwert des Absonderungsgutes	181
2.	Folge: Vorrang der Absonderungsberechtigten	183
II.	Absonderungsberechtigung und Vorrechtsordnung.	184
1.	Gesicherte Gläubiger und Aufgabe des neuen Insolvenzverfahrens	184
2.	Ablösung fiskal- und sozialpolitisch begründeter Vorrechte durch insolvenzrechtlich zu respektierende materiellrechtlich begründete Vorrechtsordnungen	185

3.	Vorrechte aufgrund von Absonderungsrechten	187
4.	Vorrechte nach § 51 Abs. 4 InsO	189
5.	Vorrechte aufgrund versicherungsrechtlich begründeter Absonderungsrechte	194
6.	Vorrecht gem. § 32 DepotG	194
§ 15	Berechtigung des absonderungsberechtigten Gläubigers zur Stellung eines Fremdantrages	195
I.	Verfahrenseinleitung als elementare Befugnis „der“ Gläubiger	195
1.	Funktion der Fremdantragstellung für Gläubiger eines insolventen Schuldners	195
2.	Sicherung des Werterhalts gesicherter Gegenstände in einem geordneten Verfahren	196
II.	Rechtliches Interesse an der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	196
1.	Bessere Erlösaussichten im Insolvenzverfahren	196
2.	Rechtsmissbrauch?	197
3.	Judikatur	198
III.	Exkurs: Aussonderungsberechtigte Gläubiger	200
§ 16	Verfahrensmäßige Form der Teilnahme gesicherter Gläubiger am Insolvenzverfahren	200
I.	Fragestellung	200
1.	„Mitteilung“ von Absonderungsrechten des gesicherten Gläubigers an den Insolvenzverwalter	200
2.	Rechtliche Qualität der „Mitteilung“	201
3.	Anforderungen an die „Mitteilung“ nach § 28 Abs. 2 InsO	202
4.	Pflichtenlage des Insolvenzverwalters	203
5.	Verhältnis von § 28 Abs. 2 Satz 2 zu § 167 InsO . .	204
II.	Registerrechtliche Publizität von Sachenrechten – namentlich Grundpfandrechten	205
III.	Judikatur	206
IV.	Funktion der Mitteilung	207
1.	Ausschluss deliktischer Schadensersatzansprüche . .	207
2.	Ausschluss der Haftung nach § 61 InsO	207
3.	Beeinträchtigung der verfahrensrechtlichen Befugnisse bei unterlassener Mitteilung	208
§ 17	Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger an der Gläubigerselbstverwaltung	208
I.	Fragestellung	208
II.	Stimmverbote?	209
1.	„Erstickungstod“ der Gläubigerautonomie?	209
2.	Bedenken	209
§ 18	Prozessuale Durchsetzung des Absonderungsrechts gegen die Masse bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	210
I.	Wirtschaftlicher Hintergrund	210
II.	Vollstreckung aus Herausgabiteln durch den Sicherungsnehmer	211
1.	Vollstreckungsverbot wegen der Durchsetzung von Insolvenzforderungen	211
2.	Materiell-rechtliche Einwendungen gegen den Herausgabeteil	214

III.	Herausgabeklagen des Sicherungseigentümers aus dem Sicherungseigentum	217
1.	Fragestellung	217
2.	Rechtsschutzbedürfnis des auf Herausgabe klagen- den Sicherungseigentümers	217
3.	Risiken einer Herausgabeklage des Sicherungseigen- tümers	218
4.	Gesetzliche Inhaltsbestimmung des beschränkt ding- lichen Rechts Sicherungseigentum	220
5.	Befugnisse des Sicherungseigentümers außerhalb des Insolvenzverfahrens	221
6.	Herausgabeklage gegen den Schuldner als mittelba- ren Besitzer.	221
7.	Bedenken gegen die Ablehnung eines dinglichen He- rausgabeanpruchs des Sicherungsnehmers gegen die Masse.	222
8.	Prozessuale Konsequenzen für die Herausgabeklage	224
IV.	Klagen auf abgesonderte Befriedigung	226
1.	Gegenstand der Klage i. S. v. § 86 Abs. 1 Nr. 2 InsO	226
2.	Leistungsklage auf Zinsen.	226
V.	Prozessuale Geltendmachung der sicherungszedierten Forderung	227
1.	Leistungsklage aus der Forderung	227
2.	Ausschließliche Prozessführungsbefugnis des Insol- venzverwalters	227
3.	Abweisung der entgegen § 166 Abs. 2 InsO durch den Sicherungszessionar erhobenen Leistungsklage als mangels Prozessführungsbefugnis unzulässig . . .	227
4.	Streitverkündung gegen den Sicherungszessionar bei Offenlegung der Sicherungszession und durch den Insolvenzverwalter erhobener Leistungsklage . .	228
5.	Darlegungslast des klagenden Sicherungsnehmers . .	228
§ 19	Herausgabe und Verwertung von Sachen, an denen der Gläu- biger ein Pfändungspfandrecht erlangt hat.	230
I.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfandrechts. . .	230
1.	Begründung des Pfändungspfandrechts	230
2.	Gewahrsam des Schuldners	231
II.	Fortdauer der Verstrickung vorkonkurslich gepfändeter Sachen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens?	231
1.	Absonderungsrecht aufgrund Pfändungspfand- rechts	231
2.	Antrag des Insolvenzverwalters nach § 825 ZPO? .	232
III.	Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	233
1.	Verwertung gepfändeter Sachen und § 89 Abs. 1 InsO	233
2.	Reichweite des § 80 Abs. 2 Satz 2 InsO.	234
3.	Erhalt des Nutzungspotenzials von Pfandsachen im Besitz des Schuldners für die Masse kraft gesetzli- cher Anordnung	234
4.	Konkursbeschluss der Pfandsachen im Besitz des Schuldners	235
5.	Rechtsbehelf des Insolvenzverwalters	236
IV.	Zwangsvollstreckungsrechtliche Grenzen	236

§ 20 Duldungsklagen	237
I. Zulässigkeit	237
II. Verwertung des Grundpfandrechts	238
§ 21 Recht des Mobiliarpfandgläubigers auf Erhalt der Pfandsache und Sicherung seines Erlösanteils	238
I. Beschränkung des vorläufigen Rechtsschutzes des Mobiliarpfandgläubigers gegen Nutzung und Verwertung des Sicherungsgutes durch den Insolvenzverwalter	238
1. Keine Sicherung oder Befriedigung von Herausgabeansprüchen des Absonderungsberechtigten im Wege vorläufigen Rechtsschutzes	238
2. Wertverlust des Absonderungsgutes kein Verfügungsgrund	239
II. Sicherung des Pfandgläubigers vor Verderb, Verschleudering oder Wertverlust der Pfandsache	239
1. Rechte des Absonderungsberechtigten nach § 168 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 InsO	239
2. Folgen der Verletzung der Pflichten des Insolvenzverwalters aus § 168 Abs. 1 InsO für die Verfahrenskostenbeiträge	240
3. Mitveräußerung von Absonderungsgut im Rahmen „übertragender Sanierungen“	242
4. Bedeutung der Pflichten des Insolvenzverwalters gegenüber den Absonderungsberechtigten	243
5. Fallgestaltungen	244
6. Öffentliche Versteigerung der sicherungsübereigneten Sache	245
III. Beschwerdewert bei Verwertungsunterlassungsklage	246
1. Rechtsbehelf des absonderungsberechtigten Gläubigers gegen die Verletzung der Pflichten des Insolvenzverwalters aus § 168 InsO	246
2. Streit- und Beschwerdewert	246
IV. Verwertungserlös bei Freigabe nach § 168 Abs. 3 InsO	246
V. Auskunftsansprüche der Absonderungsberechtigten gegen den Insolvenzverwalter	247
1. Gesetzliche Regelung	247
2. Grenzen	248
3. Durchsetzung	249
VI. Masseforderungen des Absonderungsberechtigten auf Zins- und Wertverlustausgleich	249
1. Verzinsung, § 169 InsO: Gesetzliche Regelung	249
2. Umgang und Grenzen der Verzinsungspflicht, Beweislast	251
3. Wertverlustausgleich, § 172 InsO	254
§ 22 Verfahrenskostenbeiträge, §§ 170, 171 InsO	256
I. Funktion der Verfahrenskostenbeiträge	256
1. Kostenverursachungsprinzip	256
2. Grenzen: Die Kosten zur Erhaltung des Absonderungsgutes	257
3. Freigabe gem. § 170 Abs. 2 InsO	258
4. Einbehaltung der Verfahrenskostenbeiträge vom Verwertungserlös und Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger	259

Inhaltsverzeichnis

5.	Arten und Höhe der gesetzlich zu berücksichtigen- den Verfahrenskosten	259
6.	Beweislast	261
7.	Abweichende Vereinbarungen zwischen Insolvenz- verwalter und gesichertem Gläubiger	262
II.	Entlastung der Masse von der Umsatzsteuer	262
1.	Problembeschreibung	262
2.	Ausnahmen	263
3.	Gesetzliche Regelung	263
4.	Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Gutschrif- ten bei Verwertung durch Sicherungsnehmer	264
III.	Konkurrenz verschiedener durch den Gegenstand gesi- chelter Absonderungsberechtigter	267
IV.	Umsatzsteuerpflichtigkeit des Verfahrenskosten- beitrages?	269
V.	Verfahrenskostenbeiträge bei ungerechtfertigter Verwer- tung des Sicherungsgegenstandes durch den Sicherungs- nehmer	272
1.	Ungerechtfertigte Forderungseinziehung nach Eröff- nungsbeschluss	272
2.	Forderungseinziehung vor Erlass des Eröffnungsbe- schlusses	277
3.	Schutz der Befugnis des Insolvenzverwalters zur Verwertung von Absonderungsgut gem. § 166 Abs. 1 InsO	277
VI.	Verfahrenskostenbeiträge des Sicherheitengläubiger nach § 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 InsO bei Verwertung im Eröff- nungsverfahren	279
§ 23	Haftung des Insolvenzverwalters wegen Verletzungen des Rechts von Absonderungsberechtigten	281
I.	Insolvenzspezifische Sorgfaltspflichten des Verwalters ge- genüber Sicherheitengläubigern	281
1.	Grundsatz	281
2.	Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzver- walters gegenüber Aussonderungsberechtigten	282
3.	Grund der persönlichen Haftung des Insolvenzver- walters gegenüber Absonderungsberechtigten	283
4.	Grenzen der persönlichen Haftung des Insolvenzver- walters gegenüber gesicherten Gläubigern	283
5.	Typische Fallgruppen der persönlichen Haftung des Insolvenzverwalters gegenüber gesicherten Gläubigern	283
II.	Haftung bei Verletzung der Pflichten aus § 168 Abs. 1 InsO	283
III.	Haftung gegenüber dem Sicherungszessionar für den Be- stand der sicherungsgezierten Forderung?	284
1.	Judikatur des BGH	284
2.	Kritik	286
IV.	Haftung gem. § 61 InsO	286
1.	Fortführungs- und Verwertungspflichten des Insol- venzverwalters	286
2.	Judikatur des BGH zu § 61 InsO	288
§ 24	Besitz und Besitzschutz	288

I.	Possessorische Befugnisse des Insolvenzverwalters	288
1.	Vinkulierung des Sicherungsgutes an das schulderische Unternehmen	288
2.	Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.	289
II.	Fälle der vor Verfahrenseröffnung erfolgten Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer	290
1.	Vorkonkursliche Verwertung des Sicherungsgutes.	290
2.	Feststellungskosten	290
3.	Insolvenzanfechtung.	290
III.	Verwertung des Sicherungsgutes durch den Sicherungsnehmer nach Verfahrenseröffnung.	293
§ 25	Rechtsstellung, besonders Klagen und Rechtsbehelfe des Immobiliarpfandgläubigers	294
I.	Unterschied zur Stellung der Inhaber von Mobiliarsicherheiten	294
1.	Befugnisse des Insolvenzverwalters	294
2.	Befriedigung des Absonderungsberechtigten bei freihändigem Verkauf.	297
3.	Zahlung von Lästigkeitsprämien aus der Insolvenzmasse	297
II.	Insolvenzverwalter als Beteiligter des Zwangsversteigerungsverfahrens	301
1.	Eigene Befugnisse des Insolvenzverwalters	301
2.	Verfahrenskostenpauschale	301
3.	Insolvenzrechtliche Bedeutung der Zubehöreigenschaft von beweglichen Gegenständen.	302
4.	Verfahrensrechtliche Lage aufgrund des Antrags des Insolvenzverwalters	303
5.	Wahrung der Rechte der Gläubiger	305
III.	Verfahrensrechtliche Restriktionen der Rechtsausübung durch die Grundpfandgläubiger	305
1.	Pactum de non executando	305
2.	Ausübung der Absonderungsbefugnis nach dem ZVG	307
3.	Einfluss des Insolvenz- auf das Zwangsvollstreckungsverfahren	307
IV.	Regelungen des § 30d ZVG	308
1.	Übersicht	308
2.	Betriebsfortführung	309
3.	§ 765a ZPO	310
V.	Werterhalt der Immobiliarsicherheit	311
1.	Geltung des Erhaltungsgrundsatzes auch bei insolvenz begründeter Einstellung des ZVG-Verfahrens.	311
2.	Ausgleichsansprüche nach § 30e ZVG	311
3.	Aufhebung der einstweiligen Einstellung des ZVG-Verfahrens	314
VI.	Zwangsverwaltung des Grundstücks	314
1.	Nebeneinander von Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren	314
2.	Betriebsfortführung durch den Zwangsverwalter?	316
3.	Grundstücksnutzung	316

§ 26 „Pools“	323
I. Heterogenität der Interessen der Gläubiger eines insolventen Schuldners.	323
1. Vom concursus creditorum zur Masseverwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	323
2. Poolbildung als Instrument zur Verbesserung der Verfahrensabwicklung	324
3. Arten und materielle Rechtsstruktur von Pools	327
II. Verfahrensrechtliche Stellung eines Gläubigerpools	329
1. Beweiserleichterung zur Durchsetzung wirksam begründeter dinglicher Rechte an Gegenständen der Ist-Masse	329
2. Rechtsformen eines Pools	330
3. Treuhänderischer Charakter des Pools	331
III. Insolvenzrechtliche Grenzen der Poolbildung nach oder vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	332
1. Unwirksamkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut nach Verfahrenseröffnung gem. § 91 Abs. 1 InsO	332
2. Judikatur zum Sicherheitenpool	333
3. Anfechtbarkeit von Verfügungen über das Absonderungsgut in der kritischen Zeit vor Verfahrenseröffnung gem. §§ 131 Abs. 1, 132 Abs. 1 Nr. 2 InsO	335
IV. Stellung und Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters	337
1. Ausgangspunkte der Entscheidungslage des Insolvenzverwalters	337
2. Handlungsmöglichkeiten	337
3. Entscheidungslage des vorläufigen Verwalters	337
§ 27 Finanzierungszwangsbeiträge für Betriebsfortführung und Sanierung durch die absonderungsberechtigten Gläubiger und deren Rechte.	338
I. Absonderungsrechte im Insolvenzplanverfahren.	338
1. Grundregelung des § 223 InsO	338
2. Bevorzugung der Gläubigergruppe gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO iSv § 245 InsO.	339
3. Zur Konstitution der Gruppe absonderungsberechtigter Gläubiger gem. § 222 Abs. 1 Nr. 1 InsO	340
4. Absoluter Vorrang dinglich gesicherter Gläubiger vor den ungesicherten Gläubigern	344
II. Teilnahme der Absonderungsberechtigten an der Beschlussfassung über einen Insolvenzplan.	347
1. Abstimmung nach Gruppen	347
2. „Betroffenheit“ des absonderungsberechtigten Gläubigers als Voraussetzung seiner Teilnahmebefugnis	347
III. Erhaltung von dinglichen Sicherheiten gegen Fortführungsbeschlüsse der Gläubigerversammlung	348
1. Allgemeine Bedeutung der absolute priority rule.	348
2. Erhaltung dinglicher Sicherheiten und Erhöhung der Insolvenzquote.	348

3.	Gemeinsames Interesse der Insolvenzgläubiger und der Grundsatz der Erhaltung der Absonderungsrechte	349
IV.	Single asset real estate cases	349
1.	Fragestellung	349
2.	Fallbeispiel	351
3.	Schwierigkeiten der Gruppenbildung	353
4.	Bedingungen der Realisierbarkeit eines single asset real estate cases.	354
§ 28	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger bei der Abschlags- und der Schlussverteilung	361
I.	Ausfall	361
II.	Abschlagsverteilung	362
III.	Schlussverteilung	363
4. Teil		
§ 29	Verwertungsbefugnis des Schuldners im Falle der Anordnung seiner Eigenverwaltung.	365
I.	Gesetzliche Regelung der Verwertungsbefugnis des Insolvenzschuldners nach den §§ 282 Abs. 1 Satz 1, 165 ff. InsO.	365
II.	Teleologische Reduktion der §§ 282 Abs. 1 Satz 1, 165 ff. InsO?	366
5. Teil		
§ 30	Dingliche Rechte in grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	369
I.	Deutsches autonomes internationales Insolvenzrecht	369
1.	Mobiliarsicherheiten	369
2.	Immobiliarsicherheiten	370
II.	Europäisches internationales Insolvenzrecht: Die Regelungen der Art. 5 ff. EurInsVO	370
1.	Rechte des Belegenheitsstaates	370
2.	Europäische internationale Befugnisse des Verwalters des Hauptinsolvenzverfahrens	372
3.	Verwertung von Sicherungsgegenständen in Sekundärinsolvenzverfahren	373
4.	Insolvenzanfechtung.	374
5.	Reichweite des Art. 5 EurInsVO	375
6.	Eigentumsvorbehalt	376
7.	Grundpfandrechte	379
	Stichwortverzeichnis	383